Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Kraepelin, Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Amt. Kampfblatt für Auer Tageblatt Auerbach. Fernsprecher: Amt Auer Nr. 65.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8ebenspaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile 1.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Undeutlichkeit wird keine Gewähr übernommen, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 109. | Donnerstag, den 12. Mai 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Franzosen treffen weitere Vorbereitungen zum Einmarsch in das Ruhrgebiet.

*

Auf die Frage Bottomleys im Unterhause, ob im Hinblick auf die Annahme des Ultimatums durch die deutsche Regierung das deutsche Reparationsgesetz aufgehoben werde, antwortete Lloyd George verneinend.

*

Die Lage in Oberschlesien ist unverändert ernst; die Festsetzung einer Demarkationslinie ist als ein Bruch des Versailler Friedensvertrages anzusehen.

*

Englische Offiziere haben am Dienstag bei Kandrzin das Kommando über die im Kampfe gegen die polnischen Insurgenten befindlichen deutschen Abstimmungspolizeitruppen übernommen.

*

Die alliierten Regierungen haben (nach einer Londoner Meldung) mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien eine strenge Note an die polnische Regierung gerichtet.

Preußen und das Reichskabinett.

Es war zu erwarten, daß die Sozialdemokraten ihren Eintritt in die Reichsregierung, von dem sie ja seit langer Zeit immer wieder nichts wissen wollten, auch von parteipolitischen Bedingungen abhängig machen würden. Es wurde denn auch sofort, als das Reichskabinett gesichert war, bekannt, daß die Sozialdemokraten eine entsprechende Umstellung in Preußen verlangt hätten. Sie haben sich erst kürzlich bei der preußischen Regierungsbildung mit Händen und Füßen gegen jedes Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei gesperrt und wollten durchaus die alte Koalition, bestehend aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, wieder herstellen. Als die anderen beiden Koalitionsparteien das ablehnten, blieben sie draußen. Jetzt hat sich die Deutsche Volkspartei selbst aus der Reichsregierung zurückgezogen, und die Sozialdemokraten haben ihr dabei geholfen, so daß sie selbst in das Reichskabinett eintreten konnten, und nun verlangen sie nach dem Grundsatz der Homogenität die Angleichung der preußischen Regierungsverhältnisse an die des Reiches, und die beiden anderen Koalitionsparteien, die im Reich die frühere Koalition mit den Sozialdemokraten wieder hergestellt haben, obwohl sie starke Bedenken dagegen hatten, können nun den Konsequenzen in Preußen nicht ausweichen.

Wir haben also sowohl im Reiche als auch in Preußen einen Ruck nach links. Er ist die Nachwirkung der außenpolitischen Lage, infolge deren die Volkspartei aus der Reichsregierung ausgeschieden ist. Der Zustand ist auf die Dauer weder im Reich noch in Preußen befriedigend, und man wird nach wie vor danach streben müssen, die Volkspartei in beide Regierungen wieder hineinzubringen. Zu bedauern sind im Augenblick auch die drei preußischen Fachminister, die der politischen Konstellation zum Opfer fallen dürften, nämlich Kultusminister Becker, Finanzminister Sämisch und Minister für Landwirtschaft Warmbold. Namentlich um die Arbeit des Ministers Becker, der ein bedeutender Gelehrter und außerdem ein tüchtiger Verwaltungsbeamter ist, dürfte es schade sein, wenn es nicht gelingen sollte, seine wertvolle Kraft an leitender Stelle dem preußischen Staat zu erhalten. Daß die Sozialdemokratie das Ministerium für Landwirtschaft und das Innere wieder fordern würde, war vorauszusehen. Sie legt auf diese beiden Portefeuilles nicht bloß ressortmäßigen Wert, sondern sieht sozusagen eine Ehrenpflicht darin, ihre beiden Mitglieder Severing und Braun wieder in führende amtliche Stellen zu bringen; namentlich die Bekämpfung des Putsches in Mitteldeutschland hat Severing große Sympathien in der Partei erworben. Im übrigen scheint es, als ob die Sache nicht überstürzt werden wird.

Die unbesetzten Reichsministerien.

Das Außenministerium Generaldirektor Cuno angeboten.

Bei der Raschheit, mit der das neue Reichskabinett gebildet werden mußte, sind drei Ministerien unbesetzt geblieben. Das Außenministerium, dessen provisorische Leitung Reichskanzler Dr. Wirth innehat, soll zunächst dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Cuno angeboten werden. Generaldirektor Cuno befindet sich zurzeit auf einer Reise nach Amerika, und eine Antwort auf die Depesche des Reichskanzlers, die Cuno die Nachfolge Dr. Simons antrug, ist noch nicht eingetroffen. Auch wenn er das Amt nicht annimmt, will man das Außenministerium jedenfalls einer Persönlichkeit vorbehalten, die Beziehungen zu Amerika hat und für eine großzügige wirtschaftspolitische Tätigkeit geeignet wäre. Besonders das Zentrum würde eine Ministerschaft Cunos begrüßen. Cuno hat bis zum Jahre 1917 der Reichsfinanzverwaltung angehört, ist dann in die Hamburg-Amerika-Linie eingetreten und war als Sachverständiger Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles. Das zweite unbesetzte Ministerium ist das Reichsfinanzministerium. Dieser Posten ist heute besonders wichtig und schwierig, weil der neue Reichsfinanzminister die auf Grund des Ultimatums zu leistenden Zahlungen, zunächst die bis Ende dieses Monats abzugeltende eine Milliarde Goldmark, herbeizuschaffen hat. Da durch die Annahme des Ultimatums neue Steuern notwendig sein werden, wird der neue Reichsfinanzminister ein umfassendes Programm vorlegen müssen. Das dritte unbesetzte Ministerium, das Wiederaufbauministerium, das bisher von einem Staatssekretär geleitet wurde, soll nun endgültig besetzt werden. Besonders wichtig erscheint heute auch die Besetzung des Botschafterpostens in Washington, da nach der Annahme des Ultimatums in kurzer Frist die Erklärung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu erwarten ist. Die Besetzung der deutschen Botschaft in Amerika wird zu den wichtigsten ersten Amtshandlungen des neuen Außenministers gehören, und auch hier setzt man auf die Person des Generaldirektors Cuno, der vorzügliche Beziehungen zu den führenden Kreisen der amerikanischen Wirtschaft hat, große Hoffnungen.

Französische Pressestimmen.

Das neue Kabinett. — Die Annahme des Ultimatums

Das neue deutsche Reichskabinett und der vorgestrige Beschluß des Reichstages werden von der Pariser Presse besprochen. Pertinax schreibt im Echo de Paris, ob der Regierungschef Ebert, Scheidemann, Bauer, Müller, Fehrenbach oder Wirth heiße, ob die Mehrheitssozialdemokratie an der Kombination teilnehme oder ob die Volkspartei sie ersetze, das Personal, das vorüberziehe, ändere nichts. Es sei kein Anlaß vorhanden, auf eine plötzliche und vollständige Bekehrung des deutschen Volkes und seiner Führer zu rechnen. Petit Parisien sagt: Man weiß, daß Wirth als alter ego Erzbergers gilt. Mit der Vizekanzlerschaft, dem Innenministerium und dem Reichsschatzministerium haben sich die Sozialdemokraten erstklassige Rollen zugeteilt. Ein rascher Blick auf die Ministerliste gestattet, anzukünden, daß in der Frage der Entwaffnung und besonders in der Frage der Anwendung der Steuergesetze von den 125 Abgeordneten der beiden konservativen Parteien eine heftige Opposition sich bemerkbar machen und von den Unabhängigen und der äußersten Linken dauernde Kritik geübt werden wird. Das Kabinett hat eine Mehrheit von 20—30 Stimmen und wird infolgedessen auf Grund des reaktionären Widerstandes keine starke Regierung sein können. Sie wird nur lebensfähig sein, wenn man ihr im Auslande ihre Aufgabe etwas erleichtert. Das Kabinett war vielleicht gegenwärtig die am wenigsten schlechte Kombination, wenn man Deutschland nicht den Stinnes, Helfferich, Ludendorff und Konsorten ausliefern will. Petit Journal äußert u. a.: Die drohenden Zwangsmaßnahmen und die Ungewißheit, ob man auf ein Nachgeben rechnen könne, haben dem deutschen Volke das Ohr für die aufreizenden Reden der Alldeutschen geschlossen. Die Entente verdankt diese günstige Erkenntnis der Energie der französischen Haltung. In gewissen deutschen Kreisen sagt man dem Kabinett nur eine kurze Lebensdauer voraus, aber Dr. Wirth ist gerissen, und wird nicht verfehlen, die Hindernisse, die er auf seinem Wege vorfinden wird, zu überwinden.

Journal erklärt, Deutschland werde also eine neue Unterschrift zu denen fügen, die es schon gegeben habe. Aber diesmal müsse es genau wissen, daß es auf die Stunde die Verpflichtungen ausführen müsse, die es übernommen habe. Ein genauer Kalender sei aufgestellt, und an jedem Verfalltage werde die Entente, ob es sich nun um die Reparationen oder um die Entwaffnung handle, sich einer Realität gegenüber befinden. Die Situation ist noch lange nicht geklärt, schreibt Intransigeant, wenn Deutschland ja sagt und infolgedessen die Besetzung des Ruhrgebietes aufgeschoben (!) wird. Wir haben gute Gründe, die Aufrichtigkeit Deutschlands anzuzweifeln. (!) Deutschland wird zum Scheine nachgeben, und die Soldaten werden unter den Waffen gehalten werden müssen. Wenn die Anwendung der Gewalt für mehrere Wochen aufgeschoben wird, so müssen wir doch hoffen, daß das angespannte Seil nicht locker werde. Der Kalender enthält eine Reihe von gefährlichen Zeitpunkten, die zu neuen Krisen führen können. Mit Bezug auf die Wiedergutmachung wird im Mai die Summe von 31 Milliarden Goldmark fällig, oder aber es müssen dafür fremde Sicherheiten oder Dreimonatsschatzscheine ausgeliefert werden, im November Bons für 38 Milliarden, sowie solche für 82 Milliarden, die jedoch nicht sofort in Umlauf gelangen. Am 15. Oktober wird die erste Vierteljahrszahlung der festgesetzten jährlichen Summe erwartet. Mitte November wird die erste Zahlung auf die deutsche Ausfuhr gefordert. Was die Abrüstung und die Auslieferung von Kriegsmaterial und die Kriegsverbrecherprozesse anbelangt, so sind diese Angelegenheiten seit langem überfällig, und die sofortige Erledigung dieser Punkte ist angenommen worden. Es ist eine ansehnliche Liste kritischer Daten allein in diesem Jahre, und andere ebenso kritische werden folgen. Wir zweifeln daher daran, daß eine jetzige Annahme Deutschlands eine sichere endgültige Regelung gewährleistet.

Eine Demarkationslinie in Oberschlesien?

Die Schles. Volksztg. berichtet: Es verlautet, daß die Verhandlungen der Insurgenten mit der Interalliierten Kommission wegen einer Demarkationslinie vor dem Abschluß stehen. Die Demarkationslinie soll von Tzierzowitz über Ujest—Thost—Zwadzkai—Guttentag—Bodzanowitz laufen. Die interalliierten Truppen sollen, wenn die Verhandlungen zwischen Lerond und den Insurgenten zu einer Vereinbarung führen, sich über diese Linie zurückziehen. Korfanty soll in einem neuen Aufruf Arbeiter und Beamte zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert haben. Der polnische Tagesbericht der Gruppe Osten stellt das Eingreifen einer Reichswehrabteilung in den Kämpfen bei Pogorzeklotk und Turawa fest mit dem Hinzufügen, diese Beteiligung von Reichswehr habe eine neue Lage geschaffen, der die polnische Regierung sofort Rechnung tragen werde. Die Absichten der polnischen Leitung liegen aber klar auf der Hand. Sie will damit der polnischen Regierung einen Kriegsgrund in die Hand drücken. Deshalb hat Korfanty schon in einer Note an die Mächte behauptet, die Waffen der Insurgenten stammten von deutscher Seite, obgleich der polnische Befehlshaber ausdrücklich feststellt, daß es sich um polnische Waffen handelt, die seit dem letzten Aufstand verborgen gehalten worden waren. In Verbindung mit den Absichten der polnischen Leitung ist folgende Meldung, die gleichfalls der Schles. Volksztg. zuging, beachtenswert: General Haller habe sich an die Spitze der polnischen Landesschützenkorps gestellt und beabsichtige, gegen die Warschauer Regierung vorzugehen.

Die Times melden aus Beuthen: Die Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission und den polnischen Aufständischen hätten zur Anerkennung der Korfanty-Linie als Demarkationslinie der Aufstandsbewegung geführt. Die interalliierte Kommission übernahm die Verantwortung für die Oberaufsicht des Gebietes. Die Aufständischen behielten jedoch die Kontrolle der Eisenbahnen. Wie das Blatt weiter meldet, ist die Demütigung der Alliierten in Oberschlesien vollständig. In Beuthen befindet sich ein Bataillon französischer Jäger mit Tanks zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Trotzdem konnten die bewaffneten Aufständischen ungestraft die ganze Nacht hindurch die Stadt durch Schießereien wachhalten. Die Autorität des britischen Kontrolleurs des Beuthener Stadtkreises wird auf die vier Wände seines Hauses beschränkt.

Korfanty annektiert.

Korfanty erklärte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter der Daily Mail, in einer Woche würden seine Streitkräfte die gesamte Provinz, die sie annektieren würden, besetzt halten.

Die Lage im Aufruhrgebiet.

In der Lage Oberschlesiens ist eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Wenn es auch gelungen ist, den Polen den Hafen von Kosel, den sie am Dienstag besetzt hatten, wieder abzunehmen, so sind doch große Mengen von Lebensmitteln in die Hände der Polen gefallen, so u. a. 40 000 Zentner Mehl, die zur Linderung der Lebensmittelnot dort aufgespeichert worden waren. Die Tat zeigt, welche Schwierigkeiten zur Durchführung der geplanten Lebensmittelaktion zu bekämpfen sind. Gegenüber der polnischen Meldung, daß bei den Kämpfen von Pogorelletz und Birawa Reichswehrabteilungen festgestellt worden seien, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß nicht ein einziger Reichswehrsoldat an den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen hat. Die lügnerische Darstellung der polnischen Aufrührer hat nur den Zweck, die Teilnahme polnischer regulärer Truppen an den Kämpfen in Oberschlesien zu rechtfertigen.

Die Reichsregierung und Oberschlesien.

Der deutsche Bevollmächtigte für die oberschlesische Abstimmung Fürst Hatzfeld ist gestern zur Berichterstattung in Berlin eingetroffen.

Die Demütigung der Alliierten in Oberschlesien.

Die Erbitterung der Italiener und Engländer.

Der Times zufolge können Worte die Erbitterung und Entrüstung der britischen und italienischen Vertreter nicht schildern. Seit Monaten sei die Parteinahme der Franzosen zugunsten der Polen bekannt. Die Italiener, die 30 oder 40 Mann an Toten verloren hätten, würden dem gleichen Blatte zufolge kaum gleichgültig verharren. Die Morning Post meldet aus Rom, in amtlichen italienischen Kreisen werde den Berichten aus Oberschlesien große Bedeutung beigemessen. Der nach der italienischen konstitutionellen Praxis ungewöhnliche Schritt des Königs, der Graf Sforza nach dem Quirinal berief und den Wunsch ausdrückte, über die Ereignisse auf der Londoner Konferenz und über die Haltung der Alliierten gegenüber den letzten Ereignissen eingehend unterrichtet zu werden, kann als ein Beweis